Nr. 318 — 59. Jahrgang — Freitag, 22. November 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 0 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile (zwei für Dresden und Vororte 25 Pf.) kostet unbedeutende 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Vorzugsplatz M 2.—. Für Schwer- oder Kunstsatz 50% Preiserhöhung, für Wiederholungen und Zahlungen nach festgesetzten Tagen, Bilanzen usw. 25 % Auf diese Preise werden für Teuerungszuschläge berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Frühe Textbücher und auswärtigen Anzeigenbüros sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Preisständen an.

Bezugspreis: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Bestellung in Deutschland: Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.50, „ „ 4.65. In Österreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M 2.52, vierteljährl. M 6.96; B mit „Illust. Neueste" „ „ 2.68, „ „ 7.47. Nach d. Auslande in Streifband wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Die Mehrheit des Kongresses für Wilsons Europa-Reise

Die Friedensfrage

Der Plan des Präsidenten Wilson, sich persönlich an den Vorbesprechungen über den Frieden zu beteiligen, nimmt allmählich festere Formen an. Vom Weißen Hause in Washington wird folgendes bekanntgegeben: „Der Präsident beabsichtigt, sofort nach Eröffnung der geheimtägigen Session des Kongresses nach Frankreich abzureisen, um an den Erörterungen und der Festsetzung der Hauptpunkte des Friedensvertrages teilzunehmen. Wahrscheinlich wird es ihm nicht möglich sein, auf der Friedenskonferenz während der ganzen Dauer anwesend zu sein; aber bei ihrem Beginn ist seine Anwesenheit notwendig, denn es ist klar, welche Nachteile in einer telegraphischen Behandlung liegen würden, wenn es sich um die Bestimmung der Hauptlinien des endgültigen Friedens handelt, über die er notwendig zu Rate gezogen werden müßte. Der Präsident wird natürlich von den Delegierten begleitet sein, die die Vereinigten Staaten während der ganzen Konferenz vertreten werden." Der Kongreß tritt in der nächsten Woche zusammen. Wilson wird also wahrscheinlich in drei Wochen abreisen. Nach einer Reuter-Meldung wird Frau Wilson den Präsidenten auf seiner Reise nach Europa begleiten.

Der Einfluß Wilsons

auf die Friedensverhandlungen wird durch seine persönliche Teilnahme fraglos gesteigert werden, wie er sich denn auch sonst schon allenthalben bemerkbar macht:

✉ Rotterdam, 21. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die wegen Kabelstörung zwischen New-York und Liverpool in London verspätet eingegangenen Wallfischtaner Berichte lauten übereinstimmend dahin, daß die große Kongreßmehrheit Wilsons Reise unbedingt notwendig hält, um einen dauernden Frieden herbeizuführen. Die Idee eines mittelamerikanischen Bundes findet nur mehr wenig Anklang, dagegen tritt der Gedanke des Völkerbundes mit strengen Normen gegen etwaige Friedensstörer stark in den Vordergrund in sonst englisch gefärbten Blättern. Nach der „Evening Post" wird Wilson den Entwurf eines internationalen Schiedsgerichtshofes der Friedenskonferenz vorlegen und im Namen Nordamerikas die Bereitwilligkeit aussprechen, am Schutz und Ausbau der Organisation kraftvoll mitzuwirken. Unmittelbar nach Wilsons Ankunft in Europa sollen die Alliierten endgültige Beschlüsse wegen Rußlands fassen.

✉ Rotterdam, 19. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die gegen Englands Haltung in der Frage der freien See polemisierende „New York World" verweist auf eine Erklärung des amerikanischen Marineministers Daniels, der an die Schiffbauer der Vereinigten Staaten ein Rundschreiben richtete des Inhalts, Wilson werde die Interessen der amerikanischen Handelsflotte nachdrücklichst vertreten und die Forderung, daß der neutrale Schiffsverkehr in Kriegszeiten nicht behindert werden dürfe, durchzusetzen wissen. Nächst Frankreich und Italien würden die Neutralen Wilsons Standpunkt einnehmen und die Lösung der Streitfrage durch die Errichtung einer Seepolizei befürworten. Die Wilson nahestehende „Tribune" vertraut auf die Besonnenheit der englischen Staatsmänner.

✉ Rotterdam, 20. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Nach Pariser Meldungen bemerken dortige Blätter, daß in den Vereinigten Staaten ein merkbarer Stimmungsumschwung zugunsten Deutschlands zu verzeichnen sei, was in Anbetracht der noch ungeklärten inneren Zustände der deutschen Republik kaum gebilligt werden könne. Hierzu liegen Londoner Depeschen vor, denen zufolge die amerikanischen Volks- und Arbeiterkreise Kundgebungen veranstalten, um die Regierung zu veranlassen, die Konsolidierung Deutschlands materiell und moralisch zu fördern. Die für milde Friedensbedingungen eintretende Hearst-Presse verlangt die Gleichberechtigung der deutschen Nation im Völkerbund.

x. Genf, 21. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der Lyoner „Progrès" meldet: Im Ausschuß für Auswärtiges wurde am Dienstag die Friedensfrage besprochen. Von Regierungsseite wurde erklärt, an einen Zusammentritt der Friedenskonferenz sei so lange nicht zu denken, als nicht in Deutschland eine aus dem Volkswillen hervorgegangene Reichsregierung bestehe, mit der bindende Verträge abgeschlossen werden könnten. Bei allem Wohlwollen für die jetzige deutsche Regierung fehle ihr die Sanktion durch eine freie Volksabstimmung, die Präsident Wilson für alle befreiten Völker fordere, um den Abmachungen Rechtsgültigkeit zu verleihen.

Die Konstituierung einer verfassungsmäßigen Regierung wird auch in für die Lebensmittelversorgung von größter Bedeutung sein, worauf die vorliegenden Meldungen hinweisen.

Die Franzosen in Straßburg

(Privattelegramm)

+ Vom rechten Rheinufer, 20. November

Seit heute mittag steht kein deutscher Soldat mehr auf elsaß-lothringischem Boden. Um 12 Uhr schloß sich die Schranke an der Rheinbrücke bei Kehl und um die gleiche Stunde entfaltete sich 140 Meter hoch an Kiena von Straßburg Münsterturm die Trikolore. Die Verbindung ist unterbrochen, das Deutsch-Elsaß ist gewesen. Zur Stunde ziehen, belubelt von Neugierigen, Bretonen als Sicherungstruppen in Straßburg ein. Wenige Zeit vorher erfolgte die militärische Uebergabe an die Franzosen. Die letzten deutschen Truppen, die 17. Reservedivision, rückten zur gleichen Stunde über die Rheinbrücke nach Kehl ins Badische ab. Mit den deutschen Fahnen und Flaggen in den Landesfarben, mit Liebesgaben herzlich beerdigt, wie es sich ziemt im deutschen Lande, wenn Angehörige nach langer Abwesenheit wieder zur Familie heimkehren. Wer traurig noch in dem Wahne lebt, Elsaß und namentlich Straßburg würden sich je zu Deutschland bekennen, der müßte die elsässische Presse, jetzt frei vom Zensurzwange, lesen, müßte hören, was man heute zu sagen wagt. Der hätte dem letzten Tag miterleben müssen, an dem in Straßburg das Deutsche Reich noch souverän herrschte. Schon am Dienstag waren einige höhere französische Gendarmerieoffiziere im Auto eingetroffen, um wegen der Uebernahme und Empfänge zu verhandeln. Im Laufe des Dienstagnachmittags kamen von den verschiedenen Seiten in dichten Scharen französische Kriegsgefangene, namentlich Elsässer, an, die in Deutschland freigelassen worden waren. Ihre bunten Uniformen, zum Teil neuelsaß, stachen merklich ab von den verblichenen feldgrauen Röcken der Deutschen. In Truppd zogen die Gefangenen nunmehr wieder frei mit ihren Freunden fraternisierend, Kognak, nirgends aber gab es Reibereien mit den Deutschen, die still ihr Bündel zum Bahnhof trugen oder der Rheinbrücke zuzogen. Trotz dem regnerischen Wetter herrschte starkes Leben. Der Mittag brachte strahlendhellen Sonnenschein. Das Straßenbild hatte sich merkwürdig geändert. Immer häufiger wird die französische Uniform. In der Nacht waren 150 französische Quartiermacher gekommen, ohne Waffen. Abgerundet zeigten sich an einigen Fenstern die ersten Trikoloren. Als aber der Bann gebrochen war, kamen die blauweiß-roten Fahnen überall zum Vorschein. Die Schaufenster dekorierten schnell in französischen Farben. Die Marseillaise in französischer Sprache und zur Sicherheit in deutscher Uebersetzung mit und ohne Noten wird verkauft. Die ganze Nacht hindurch wurde an einer riesigen Ehrenpforte gearbeitet. Das Kaiser Wilhelm-Denkmal soll entweder fortgenommen oder zugedeckt werden. Das Schicksal des jungen Goethe ist noch ungewiß.

Die Spannung liegt auf allen Gesichtern. Das muß man sagen, man versucht, das Publikum in gute Stimmung zu bringen. Man schafft erstens einmal das graue Kriegsbrot ab, nur ungestrecktes Weißbrot, „Nationalbrot", wird gebacken. Man kann es sich ja leisten, mit den Vorräten leichtsinnig umzugehen, da Clemenceau versprochen hat, Elsaß-Lothringen wie Frankreich selbst zu behandeln, und wie herrlich man dort lebt, weiß man aus Berichten aus Thann, das schon seit Jahren zu Frankreich gerechnet wird. Die Truppen werden am Weichbilde der Stadt erwartet. Im Rathause erfolgt die Uebergabe der Schlüssel durch den Bürgermeister. Nachher ist im Festsaal noch eine Empfangsfeierlichkeit, am nächsten Tage Tedeum im Münster. Für Montag ist neben der offiziellen Begrüßung noch ein besonderer feierlicher Empfang vorgesehen. Man erwartet den Präsidenten der Republik, der im Kaiserpalast absteigen wird, den Ministerpräsidenten Clemenceau, Minister Pichon und Foch. Zwei Elsässerinnen, im Nationalkostüm, werden vor Foch erscheinen, die beiden mit goldenen Ketten gefesselten Hände bittend emporheben, und der Generalissimus wird die Ketten lösen und die befreiten Provinzen, bzw. ihre Vertreterinnen, in seine weit geöffneten Arme schließen.

Die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen

Die überaus harten Bedingungen, die die Entente für die Räumung der besetzten Gebiete gestellt hat, machen die Ausführung der Bedingungen nahezu unmöglich. Alle zur Zeit auftauchenden Nachrichten über erreichte oder uns angeblich Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen nach einer Erklärung des Staatssekretärs Erzberger nicht den Tatsachen. Vielmehr ist festzustellen: Trotz allen Vorstellungen und allen bereits zutage getretenen Unzuträglichkeiten in der praktischen Durchführung der uns auferlegten schweren Bedingungen des Waffenstillstandes ist von unsern Gegnern nicht das geringste Entgegenkommen bekätigt worden. Wie die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa meldet, vermehren sich infolge des aufgezwungenen, übereilten Rückzuges die Marschschwierigkeiten des deutschen Heeres, trotz bisher günstigem Wetter. Die Franzosen scheinen sich auf keine Verlängerung der Räumungsfristen einlassen zu wollen. Die Katastrophe, d. h. Auflösung des Heeres, absolutes Zurückströmen unter Plünderung des Landes, bewaffneter Widerstand gegen den nachrückenden Feind können jeden Tag eintreten, namentlich, wenn schlechtes Wetter kommt.

Während die deutschen Truppen die Gebiete räumen, rücken die Gegner nach. Antwerpen und Brüssel sind bereits besetzt. Das belgische Königspaar ist am Dienstag in Antwerpen angekommen. Die belgischen Minister wollen heute nach Brüssel zurückkehren. Der König soll am Freitag die Kammer eröffnen. Das belgische Ministerium wird bald darauf seine Entlassung nehmen. — Nach einer Havasmeldung hat Marschall Pétain, der Oberbefehlshaber der französischen Armeen, seinen Einzug in die Stadt Metz an der Spitze der von General Leconte geführten Truppen gehalten. Auch Colmar wurde von französischen Truppen besetzt. — Ueber

die feindliche Besatzungsarmee

und deren Stärke wird berichtet:

x Genf, 21. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Temps" meldet, daß die zusammengestellte Armee der Alliierten für die zu besetzenden deutschen Gebiete 8 Millionen Mann stark sei. Die französischen und amerikanischen Truppen überwiegen in der Zahl um das Doppelte die englischen Truppen. Luxemburg wird von belgischen Truppen besetzt.

✕ Basel, 19. November. „Corriere della Sera" bringt folgende Pariser Meldung: Das italienische Armeekorps unter General Albico wird an der Besetzung der deutschen Gebiete teilnehmen. Die Verwaltungsbezirke Elsaß-Lothringens haben die Namen Oberrhein, Niederrhein und Mosel zu führen.

Auch die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen zur See geht weiter. Der englische drahtlose Dienst meldet, daß die deutschen Kriegsschiffe wahrscheinlich in dem Hafen von Scapa-Flow bei den Orkney-Inseln interniert werden. — Der englische Konteradmiral Tyrwhitt übernahm gestern nach Tagesanbruch 80 Meilen von Harwich von seinem Flaggschiff aus die ersten 20 U-Boote, die ausgeliefert wurden. Die Boote gehen mit ihren eigenen Besatzungen nach Harwich.

•

Der Durchzug durch Frankfurt a. M.

✕ Frankfurt a. M., 20. November

Der Verkehr beim Rückmarsch der deutschen Truppen wickelt sich in den drei Bahnhöfen trotz der ungeheuerlichen Inanspruchnahme der dabei beteiligten Personen ohne Störung ab. Geschlossene Formationen sind bisher nur vereinzelt durchgekommen. In der Hauptsache handelt es sich um einzeln durchkommende Mitkämpfer, hilfsbedürftige Frauen und Jugendliche aus der Etappe, die verpflegt, untergebracht und weitergeschoben werden. Dennoch hat eine große Menge Frankfurt durchquert. Am 19. November wurden etwa 55 000 Personen mit der Bahn weiterbefördert. Das Rote Kreuz hat 14 000 Verpflegungsportionen ausgegeben. Von den hiesigen Schulen haben die städtischen Behörden 52 zur Unterbringung von durchziehenden Soldaten bereitgestellt. Hiervon ist die größte Zahl bereits ausgerüstet, so daß für die in der nächsten Zeit zu erwartenden Truppen der Fassungsraum ausreichen dürfte.

Der Rückmarsch der Mackensen-Armee

• Wien, 20. November

Im Laufe des heutigen Tages hat der Stab des Generalfeldmarschalls v. Mackensen auf der Heimreise Wien passiert. Die Truppen des Generalfeldmarschalls waren vor einigen Tagen bei Sibiu in einen Kampf mit tschecho-slowakischen Truppen geraten und konnten ihren Zug auf Oderberg nicht fortsetzen, da dies in den Händen der Tschecho-Slowaken ist. Sie setzten die Weiterreise über Wien fort, von wo sie über Passau nach Deutschland zurückkehren. Heute hat eine lange Kolonne von Lastautomobilen und eine Anzahl deutscher Kraftwagen Wien passiert. Auch der Generalfeldmarschall selbst ist durch Wien durchgereist.

•

Eine Erklärung Balfours

✕ Berlin, 20. November

Nach einem Reuter-Telegramm erklärte in Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhause Balfour, daß die deutschen Streitkräfte in Rumänien das Land zur Basis für kriegerische Handlungen gegen die alliierten Streitkräfte gemacht hätten und daß infolgedessen die britische Regierung unter Hinweis auf diese neue Verletzung des Völkerrechts jede Verantwortung für irgendwelche Kriegshandlungen ablehne, zu denen sie durch die Gegenwart feindlicher Streitkräfte auf rumänischem Gebiet gezwungen sein sollte. Die deutsche Regierung ist infolge der unterbrochenen Verbindung mit Rumänien bzw. mit der Armee Mackensen über die letzten Vorgänge in Rumänien vorläufig nicht im einzelnen informiert.

Gegenüber den Ausführungen Balfours ist schon heute festzustellen, daß entsprechend der politischen und militärischen Lage die Armee Mackensen bereits in den ersten Tagen des November Befehl erhalten hat, Rumänien zu räumen. Schon vor diesem Zeitpunkte hatte die deutsche Regierung der rumänischen Regierung auf ihren Wunsch um eine Revision des Bukarester Friedens ihre grundsätzliche Zustimmung hierzu ausgedrückt. Es bestand also weder für die alliierten Streitkräfte noch für Rumänien selbst der geringste Grund, den schon begonnenen Rückzug der Armee Mackensen durch feindliche Handlungen zu behelligen. Eine weitere Aufklärung kann in Kürze erwartet werden.

Der Kampf der Meinungen

Der Weg in die Neuordnung Deutschlands ist selbstverständlich noch durch andre Schwierigkeiten mühevoll zu finden, als durch die Trümmer des alten Systems. Und ganz besonders steht dem Neuaufbau des Sozialismus das Mißtrauen im Wege. Das muß man auch wieder schätzen, wenn man die Berliner Verhandlungen am Vorabend des Rätekongresses ansieht.

Im Zirkus Busch in Berlin fand, wie schon kurz berichtet, eine Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins unter dem Vorsitz des Mitgliedes des Vollzugsrates Wolfenhuhr statt. Richard Müller vom Vollzugsrat erstattete einen langen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Vollzugsrates. Er zählte die gewaltigen Schwierigkeiten auf, die angesichts des Mangels an Rohstoffen und der vielfachen Anforderungen von allen Seiten und der wilden Hetzerei aus ganz Deutschland zu überwinden waren. Er betonte: Die zum Sicherheitsdienst herangezogenen Soldaten haben nach jeder Richtung hin ihre Schuldigkeit getan, wenngleich auch vereinzelt unlautere Elemente Ausschreitungen begangen hatten. Die Sicherstellung der Ernährung könne jetzt befriedigend gelöst werden, hauptsächlich durch die von Emanuel Wurm geschaffene Organisation. Die Gefahr der Gegenrevolution scheint jetzt nicht mehr so groß zu sein. Die Errichtung einer Roten Garde aus Zivilisten sei wegen der Ungewißheit der Soldaten wieder fallen gelassen worden. Zahllose Ausschüsse und Kommissionen, die sich überall bilden, richteten heillose Verwirrung an. Lediglich der Arbeiter- und Soldatenrat sei die allein maßgebende Behörde. Das Zurückfluten der Truppen verursache viele Arbeit. Die Demobilisation der Heimatruppe werde Hand in Hand mit der Regierung vom Kriegsministerium vorgenommen. Ueber die Behörden und Kriegsgesellschaften sei eine entsprechende Kontrolle eingerichtet. Die Uebertragung der Vollzugsgewalt in der Arbeiterfrage an freie Gewerkschaften sei nötig gewesen, weil der Vollzugsrat in Streitfällen zwischen Unternehmern und Arbeitern sich nicht einmischen könne. Die Arbeiterfrage müsse durch die Gewerkschaften im Einverständnis mit den politischen Parteien gelöst werden. Fügen sich einzelne Unternehmer nicht, oder laßen sie ihre Betriebe still, so würden diese enteignet werden. Die Angestelltenverbände brauchen sich über die Uebertragung der Vollzugsgewalt an die freien Gewerkschaften nicht zu entrüsten. Solange sie nicht die Revolution verteidigen, müssen sie unter der Kontrolle der freien Gewerkschaften bleiben. Jetzt bilden sich eine Anzahl Räte, von denen man nicht wisse, wer sie sind und was sie wollen. Neben Hausbesitzerräten fehlten jetzt noch „Räte der Millionäre". Aus diesen Vorgängen erkläre sich auch der Ruf nach der Konstituante. „Wir aber wollen keine demokratische, sondern eine sozialistische Regierung."

Schließlich kündigte Richard Müller einen Zentralkongreß sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Deutschland an. Der Volksbeauftragte Haase trat für die Notwendigkeit der Nationalversammlung ein, hob aber hervor, daß sie nicht schon jetzt zusammentreten könne. Dazu seien Vorarbeiten nötig, wie die Zusammenstellung der Wählerlisten. Auch die Soldaten im Felde müßten dabei sein. Mehrere Rechtsanwälte traten ebenfalls für die Einberufung der Nationalversammlung ein. Buchwald besprach die Verhältnisse in den Ostprovinzen. Colin Ross verlangte für die Soldaten dasselbe Vertrauen, wie es seitens der Soldaten der Arbeiterschaft entgegengebracht würde.

Man sieht, daß auch der Parteiführer der Unabhängigen Sozialdemokraten, Haase, die demokratischen Forderungen nicht verleugnet und für die Befragung des Willens der Volksgesamtheit durch eine von allen Mündigen gewählte Nationalversammlung eintritt. Zweifellos stehen dabei große Teile seiner Partei hinter ihm. Dagegen hat Richard Müller sich mit dem Eifer eines Fanatikers gegen die Geltendmachung der demokratischen Grundsätze ausgesprochen und nach Berliner Berichten ausgerufen, der Weg zur gesetzgebenden Versammlung gehe nur über seine Leiche. Sein Mißtrauen richtet sich also nicht nur unterschiedslos gegen das ganze deutsche Bürgertum (wenn man schon einmal diesen Klassenunterschied auf sozialdemokratischer Seite immer noch aufrechterhält, obwohl wir nun wohl doch endlich alle gleichberechtigte Bürger eines Staates sein wollen und sollen), sondern gegen die deutsche Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften, ja gegen erhebliche Teile und Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten; also gegen die Tausende seiner eigenen Genossen, die in Jahrzehnten im Kampfe für die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft gestanden und so viel erreicht haben, wie es der Vertretung der Arbeiter kaum irgendwo sonst gelungen ist. Dieses Mißtrauen macht sich merkwürdigerweise anderwärts — z. B. in Bayern und Baden — gar nicht in dieser Weise geltend. Und wir glauben daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß dort, wo sich bereits bürgerliche und sozialistische Demokraten gütlich haben und mit ermunterndem Erfolge gemeinsam an aufbauen, die Sicherheit geschaffen wurde, daß bei dieser Sammlung aller Kräfte, die trotz den gar nicht verwischten politischen Gegensätzen im einzelnen sich doch auf den Boden der neuen Ordnung gestellt haben, diejenigen Einzelpersonen und Gruppen ausgeschaltet blieben, die durch ihre bisherige Politik insbesondere in den letzten Kriegsjahren sich das Mißtrauen reichlich verdient haben.

Die neue demokratische Partei, an deren Sammlung von den verschiedensten Seiten gearbeitet wird, darf sich nicht belasten mit ehemaligen Annexionisten, Alldeutschen, Vaterlandsparteilern und maskierten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181122/1